



Hamburger Staatsbauten von Fritz Schumacher.



ürzlich ist im Verlag „Der Zirkel“ in Berlin der zweite Band der „Hamburger Staatsbauten von Fritz Schumacher“ erschienen*), der dem ersten Band, der 1919 herausgekommen ist und von uns in No. 100 des Jahrganges 1920 der „Deutschen Bauzeitung“ besprochen wurde, folgt und ihm gleicht. Die Herausgabe war in dieser Ungunst der Zeit nur möglich durch die Hilfe eines Kunstfreundes.

Schumacher's „Hamburger Staatsbauten“ sind nicht, wie andere Staatsbauten, Erzeugnisse einer Bauverwaltung, die den Stempel ihrer bürokratischen

*) Preis 100 M.

Alle Rechte vorbehalten.

Für nicht verlangte
Beiträge keine
Gewähr

Entstehung an der Stirn tragen. Vielmehr sind sie Ausdruck und Ausfluß einer starken eigenartigen Persönlichkeit, die jede Aufgabe in der ihr entsprechenden und doch auch dem Wesen ihres Gestalters eigenen Form zu lösen im Stande ist.

Schumacher bevorzugt den unverputzten Backsteinbau, und seine Bauten sind eine neue Blüte am jahrhundertalten Bau norddeutscher Backsteinbaukunst. Er behandelt den Backstein ohne Voreingenommenheit, aber mit vielem Verständnis für seine Eigenart in Verbindung mit grauem Kalkstein oder mit plastischem Terrakottenschmuck, meist im lebhaften Gegensatz zu weiß gestrichenem Holzwerk der Fenster.

Der vorliegende zweite Band der Hamburger Staatsbauten mit guten Abbildungen der ausgeführten

wenden wolle, störe ihn das ängstliche Zusammenfügen der deutlich erkennbaren Einzelheiten. Nur in der Fläche wirke der Backstein, dort, wo die Fuge durch zahlreiches gleichmäßiges Auftreten für den künstlerisch Sehenden verschwinde, das Wesen einer in sich geschlossenen fein gemusterten Wand beherrschend hervortrete.

Ähnliche Gedanken nun bewegen Fritz Schumacher. Gerade weil die Anforderungen des Bauinneren eine Vielteilung der Schauseiten erzwingen, die Schäfte zwischen den Fenstern oft schmal gebildet werden mußten, verzichtet er auf viele sonst übliche Anordnungen, auf Fenstergewände, Bekrönungen, Archivolten, ja er setzt in der Regel die Fensterflügel in die vordere Mauerflucht und schafft so Ruhe in den



Mittelhalle des Gewerbehauses in Hamburg.

Arbeiten, denen Grundrisse und Ansichts-Zeichnungen beigelegt sind, zeigt eine immer reifer und freier werdende Kunst an einer Fülle von Bauaufgaben, wie sie nur eine große Stadt mit reichem wirtschaftlichen und geistigen Leben wie Hamburg zu bieten vermag. Wir lassen nachstehend ein Urteil von Cornelius Gurlitt über den Band folgen, zu dem ein dritter Band in Vorbereitung ist. Gurlitt schreibt: „Was an Schumacher's Werken mir besonders wertvoll zu sein scheint, drückt sich am besten in zwei sehr oft mißbrauchten Worten aus, in der „eigenen Note“ und der „Bodenständigkeit“. Bodenständig sind seine Bauten deshalb, weil sie ganz hamburgisch sind, in Backstein gebaut mit bestimmten örtlich üblichen Verwendungsarten. Als ich als Zeichner auf dem Büro von Ludwig Bohnstedt, des Siegers im ersten Wettbewerb um das Reichstagsgebäude in Berlin, zudem eines feinen Kopfes, arbeitete, es mag etwa 1868 gewesen sein, sagte mir dieser, der Backsteinbau leide unter dem Umstand, daß man das Einzelglied, eben den kleinen Stein, zu deutlich erkenne und mithin die Mühseligkeit des Aufbaus. Namentlich dort, wo man den Stein ornamental ver-

Ziegelbau, auch dort, wo er ornamentale Gliederungen und einzelne Schmuckstücke einfügt. In der Ablösung geschichtlicher Stilformen ist er dabei durchaus „modern“, doch nicht in dem Sinn, mit Gewalt noch nicht Dagewesenes zu schaffen, sondern mit der Absicht, zeitlos zu sein, sein Werk als ein solches zu kennzeichnen, das ebensowenig „im Geiste des Alten“ geschaffen ist, wie eine Verneinung dieses Geistes an der Stirn trägt. Daraus ergibt sich eine höchst erfreuliche Redlichkeit der Baugesinnung, die nicht ausgefahrene Gleise benutzt und ebensowenig in unerhörten Neuerungen sich ergeht.

Die „eigene Note“ Schumacher's, die sich so klar beim bloßen Durchblättern des Buches Jedem aufdrängt, ist durchaus bodenbeständig. Sie ist eine freie Fortbildung heimischer Gestaltungsweise, bei der Eigenes und Ortsübliches sich in glücklichster Weise die Waage halten. Betritt man beispielsweise vom Bahnhof aus Danzig, so fällt das Auge auf eine Reihe von Bauten im „Danziger Stil“, d. h. jener Renaissance, wie sie am dortigen Zeughaus ihren besten Vertreter hat. Die neuen Bauten sind größer, reicher, in der Formgebung derber. Kommt

man ans Zeughaus selbst, so bedarf es erst vieler Umstellung, um die reine Freude an ihm zu haben. Man hat eben alles das schon einmal gesehen, was der alte

alter Gebilde empfinden dürfte. Aber man wird auf der anderen Seite auch kaum eine Form finden, die an alten Bauten überraschen würde. Das, scheint mir, ist



Festsaal im Gewerbehaus

Bau bietet, wohl minder ursprünglich, daher aber um so auffälliger. Diese „Stilechtheit“ scheint mir daher ein Fehler zu sein, sie hat nichts zu tun mit Schumacher's Bodenständigkeit. Man wird an seinen Bauten kaum eine Form finden, die man als Nachahmung

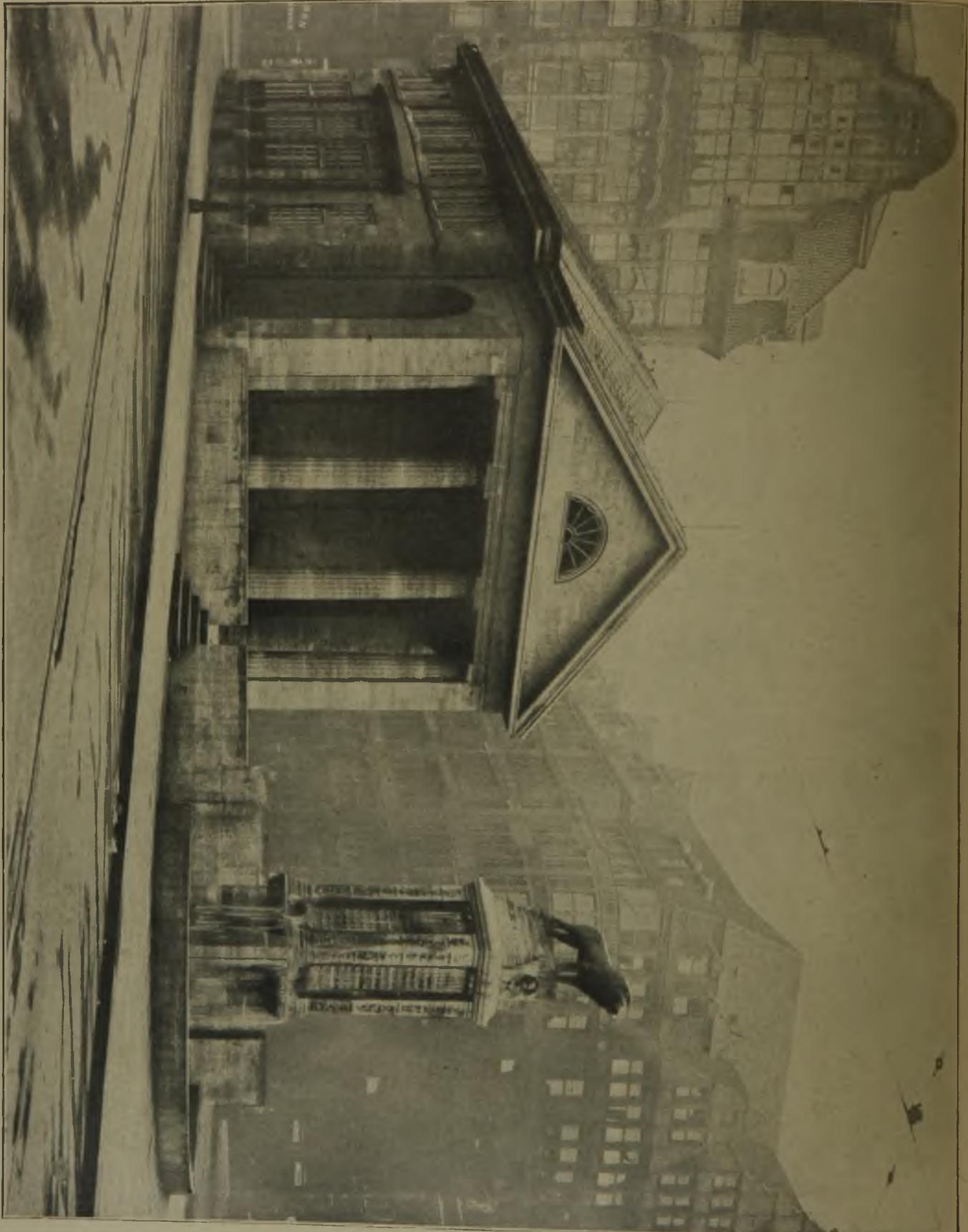
die rechte Form des Modernseins, weil, wie ich glaube annehmen zu dürfen, diese Bauten nie „unmodern“ sein werden.“ Man wird, so glauben wir, angesichts der ausgezeichneten Arbeiten Fritz Schumachers diesen trefflichen Worten nur zustimmen können. —

Zur Frage eines größeren Hamburg.



Über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen über ein zu bildendes Groß-Hamburg machte der Hamburgische Senat der Bürgerschaft Hamburgs folgende Mitteilungen: „Auf Grund des der Bür-

zu unmittelbaren Verhandlungen über die Großhamburg-Frage aufgefordert. Die Preußische Staatsregierung erklärte sich zu solchen Verhandlungen bereit und bestellte zu ihren Unterhändlern die Herren Staatssekretär Gohre, Staatsminister a. D. Dr. Südekum,



Hamburger Staatsbauten von Fritz Schumacher. Öffentliche Bucherhalle mit Monckeberg-Brunnen an der Monckeberg-Straße.

gerschaft bekannten Gutachtens der „Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reichs“ vom 24. Januar 1922 hatte der Senat die Preußische Staatsregierung

Staatssekretär Dr. Freund, Ministerialdirektor Dr. Krohne und Ministerialrat v. Loebell. Der Senat ernannte die Herren Bürgermeister Dr. Diestel, Bürgermeister Stol-

ten, Senator Dr. Petersen und Staatsrat Dr. Struve zu Verhandlungskommissaren. Die Unterhändler sind zusammengekommen am 27. und 28. Februar in Berlin, am 9. und 10. März in Hamburg und am 19. Juni

Die Verhandlungen wurden durch ausführliche Darlegungen der hamburgischen Unterhändler eingeleitet, in denen auf Grund des in der Senatsdenkschrift niedergelegten Materials die Notwendigkeit der ge-



Hamburger Staatsbauten von Fritz Schumacher. Eingang der Realschule an der Ufer-Straße.

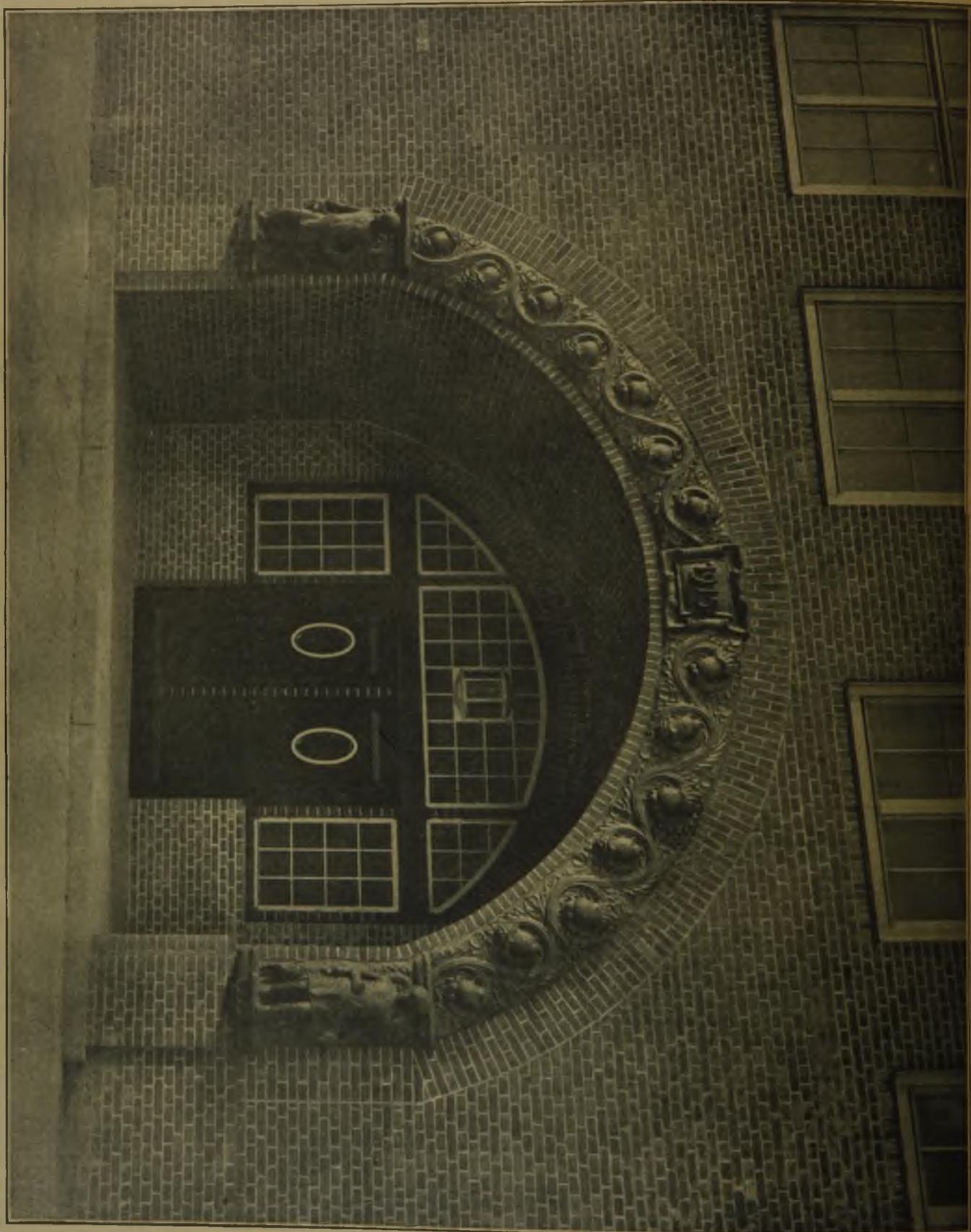
wiederum in Hamburg. Außerdem hatten die hamburgischen Unterhändler am 4. Mai Gelegenheit, den hamburgischen Standpunkt vor dem für Gebietsfragen zuständigen 19. Ausschuß des Preußischen Landtages darzulegen.

wünschten Gebietserweiterung, namentlich für die Zwecke der Hafenerweiterung und der Arbeitersiedlung, auseinander gesetzt und den in der Denkschrift der Preußischen Staatsregierung enthaltenen Unrichtigkeiten und irrigen Auffassungen entgegen getreten

wurde. Die in dieser Denkschrift bereits ausgesprochene Erklärung, daß Preußen aus zwingenden politischen Gründen volkreiche Städte, wie Altona, Wandsbek und Harburg, nicht aufgeben könne, wurde von den preu-

der gespaltenen Elbe zu einer kommunalen und politischen Einheit erhoben werde. An diesem Ziel müsse für die Zukunft festgehalten und jede eingeschränktere Regelung könne nur als Stufe auf dem Wege dahin

Hamburger Staatsbauten von Fritz Schumacher. Eingang zum Gebäude der Stiftungsschule von 1815.



Bischen Unterhändlern wiederholt. Die hamburgischen Unterhändler erwiderten, daß sie unbeschadet der Würdigung dieser Gründe, deren augenblickliche Bedeutung nicht verkannt werden solle, eine befriedigende und endgültige Lösung der Großhamburg-Frage nur darin erblicken könnten, daß das ganze Wirtschaftsgebiet an

betrachtet werden. Andererseits finde Hamburg sich damit ab, daß die jetzige Verhandlung sich auf das zur Zeit für Hamburg unbedingt Lebensnotwendige beschränken müsse, als welches hamburgischerseits angesehen werde:

1. Das Gebiet zwischen Norder- und Suderelbe,

2. der Geestrücken (zwischen Hamburg und Bergedorf, Schiffbeck, Öjendorf, Kirch-Steinbeck, Havighorst, Boberg, Sande),

stedt, Lemsahl-Mellingstedt, Duvenstedt, Glashütte).
Eine bestimmte Erklärung auf diese Wünsche wurde



Hamburger Staatsbauten von Fritz Schumacher. Erker am Beratungszimmer der Stiftungsschule von 1815.

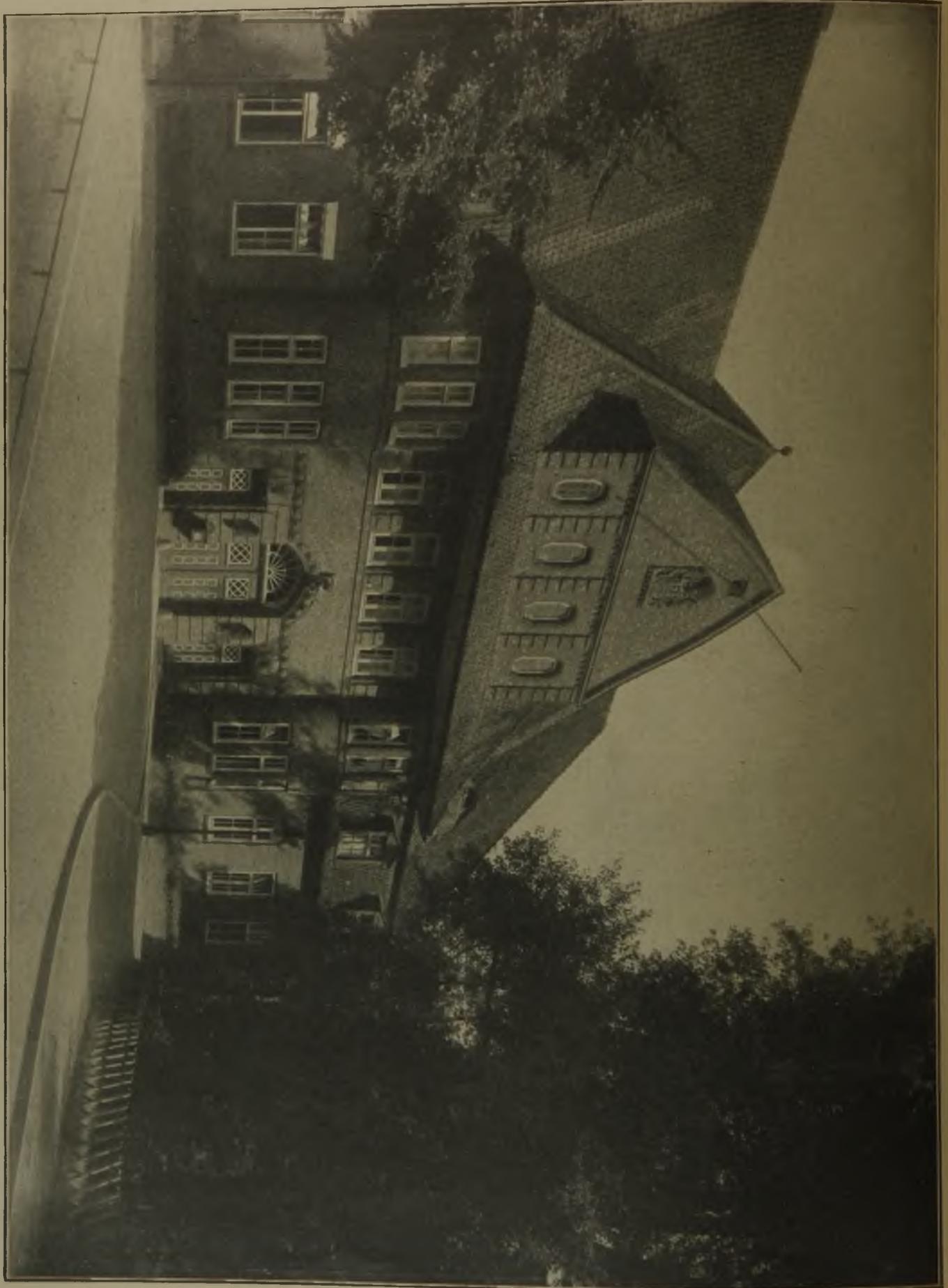
3. das Alstertal (Bramfeld, Steilshop, Sasel, Wellingsbüttel, Poppenbüttel, Hummelsbüttel, Berg- preußischerseits zunächst nicht gegeben, vielmehr von den preußischen Unterhändlern der Gedanke einer

12. August 1922.

hamburgisch-preußischen Bewirtschaftung des gesamten Hafengebiets auf privatgesellschaftlicher Grundlage

Insbesondere konnte von hamburgischer Seite nicht zugegeben werden, daß eine derartige Gesellschaft die

Hamburger Staatsbauten von Fritz Schumacher. Verwaltungs-Gebäude der Irrenanstalt Friedrichsberg.



zur Erörterung gestellt. Eine Einigung über die Organisation einer solchen Gesellschaft und die ihr zu überweisenden Befugnisse war aber nicht zu erzielen.

Herstellung einer einheitlichen Gebietshoheit zwischen Norder- und Süderelbe irgendwie ersetzen könne. Letzteres sei die Grundbedingung für alle weiteren Maß-

nahmen, weil ein Neben- und Durcheinander verschiedener Landeskompetenzen innerhalb eines einheit-

könne Hamburg nicht zugemutet werden, viele Hunderte von Millionen für Wohnungsbau auf preußischem



Hamburger Staatsbauten. Eingang des Verwaltungs-Gebäudes der Irrenanstalt Friedrichsberg.

lich aufzuschließenden, zu verwaltenden und zu bewirtschaftenden Hafengebiets nicht zugänglich sei; auch

Gebiet auszugeben und womöglich auch zu den weiteren Lasten dieser Siedlungen herangezogen zu werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erklärten sich die preußischen Unterhändler bereit, ihrer Regierung die Abtretung von Altenwärder und Preußisch-Finkenwärder im Austausch gegen Moorburg zu empfehlen. Ferner stellten sie die Abtretung des Geestrückens in dem oben bezeichneten Umfang in Aussicht. Die hamburgischen Unterhändler ließen keinen Zweifel darüber, daß für Hamburg die Abtretung von Moorburg gegen den Erwerb lediglich des Gebiets westlich des Köhlbrands völlig ausgeschlossen sei. Wenn überhaupt, so könne eine Abtretung Moorburgs höchstens gegen Erwerb des gesamten Gebiets zwischen Norder- und Süderelbe, einschließlich Wilhelmsburgs, in Betracht gezogen werden.

Die schließlichen Verhandlungen drehten sich demgemäß überwiegend um Wilhelmsburg. Von preußischer Seite wurde stets der „Beweis“ gefordert, daß Hamburg Wilhelmsburg für Hafenzwecke brauche, und es wurde ferner ein Plan über die beabsichtigte Aufschließung Wilhelmsburgs verlangt. Selbstverständlich haben es die hamburgischen Unterhändler an den eindringlichsten Nachweisen für die völlige Unentbehrlichkeit von Wilhelmsburg im Gesamtsystem des Hamburger Hafens nicht fehlen lassen, wobei sie sich auf die überzeugenden Ausführungen der preußischen Wasserbau-Autoritäten de Thierry und Franzius stützen konnten, und haben auch, soweit das technisch möglich ist, die wahrscheinliche Aufteilung von Wilhelmsburg angedeutet, wobei den preußischen Besorgnissen, Hamburg wolle zum Nachteil Preußens aus Wilhelmsburg ein großes Industriegebiet machen, in weitem Umfange Rechnung getragen wurde. Mit besonderem Nachdruck haben sie auch darauf hingewiesen, daß der Ausbau eines Hafens unbedingt die Schaffung von Siedlungen für die in ihm beschäftigten Arbeiter notwendig mache. Allen diesen Gesichtspunkten haben die preußischen Unterhändler sich aber nicht zugänglich gezeigt. Ebensovienig haben sie den zwingenden Gründen technischer, wirtschaftlicher und kultureller Natur nachgegeben, welche für Hamburg den Erwerb des Alstertals zu einer dringenden Notwendigkeit machen.

Die Erörterung der Gründe und Gegen Gründe hatte in der Sitzung vom 19. Juni einen Stand erreicht, der von weiterer Diskussion ein praktisches Ergebnis nicht erwarten ließ. Insbesondere konnten sich die hamburgischen Unterhändler von einem in letzter Stunde vorgelegten Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Freund, durch Schaffung eines zwischenstaatlichen Organs den Nachteilen des jetzigen Zustandes zu begegnen, keinen Erfolg versprechen. Sie erklärten, daß die Großhamburg-Frage in erster Linie ein territoriales Problem sei, bei dem organisatorischen Maßnahmen nur ergänzende Bedeutung zukommen könne. Noch ein weiterer Umstand mußte die hamburgischen Unterhändler veranlassen, auf eine Klärung der Lage hinzuwirken und eine bestimmte Stellungnahme der preußischen Unterhändler zu den hamburgischen Wünschen tunlichst bald herbeizuführen. Dieser Umstand war die trotz der vereinbarten Schweigepflicht in preußischen Blättern wiederholte erfolgte Mitteilung wichtiger Tatsachen aus den Verhandlungen und angeblicher Absichten der preußischen Staatsregierung. Angesichts der durch diese Veröffentlichungen in der hamburgischen Bevölkerung begrifflicherweise herbeigeführten Beunruhigung hatten die hamburgischen Unterhändler die Pflicht, die Verhandlungen tunlichst bald einem klaren Ergebnis zuzuführen. Diesem Zweck sollten die drei den preußischen Unterhändlern am Schlusse des letzten Verhandlungstages vorgelegten Fragen dienen.

Diese Fragen mußten zum Ausdruck bringen, welche Gebietsabtrennungen Hamburg bei größtmöglicher Annäherung an den preußischen Standpunkt zur weiteren Erfüllung seiner deutschen Aufgaben für unbedingt erforderlich und als Mindestmaß des Notwendigen erachte. Aus der in den Verhandlungen geschöpften Erkenntnis, daß Preußen unter keinen Umständen gewillt sei, Gebietsabtretungen ohne gleichartige Gegenleistungen Hamburgs zu bewilligen, ergab sich für die hamburgischen Unterhändler, wenn sie

überhaupt noch eine Aussicht für den Erfolg der Verhandlungen aufrecht erhalten wollten, die Notwendigkeit, die für Hamburg äußerstenfalls erträglichen Kompensationen anzudeuten. Die Unterhändler waren sich bewußt, daß die Hergabe von Moorburg und Groß Hansdorf für Hamburg ein schweres Opfer bedeuten und auf manchen Widerspruch stoßen werde, hielten sich aber um der Zukunft Hamburgs willen zu einem Entgegenkommen, soweit es irgend verantwortet werden konnte, für verpflichtet. In diesem Sinne sind die in dem nachstehenden Schreiben des Preußischen Ministerpräsidenten wiedergegebenen, den preußischen Unterhändlern am Schlusse der letzten Verhandlung mündlich vorgelegten Fragen zu verstehen, deren verhandlungsfördernde und von ultimativer Bedeutung freie Natur bei ihrer Stellung ausdrücklich betont und von den preußischen Unterhändlern anerkannt wurde.

Das Antwortschreiben des Preußischen Ministerpräsidenten vom 23. Juni d. J. hat folgenden Wortlaut:

„Die Hamburger Unterhändler in der Angelegenheit einer Abtretung preußischen Gebiets an die Freie und Hansestadt Hamburg haben in der letzten Zusammenkunft mit den preußischen Unterhändlern am 19. d. M. am Schlusse der Verhandlungen diesen letzteren folgenden drei Fragen vorgelegt:

1. Kann Hamburg darauf rechnen, daß das von der Gliederungskommission vorgeschlagene Gebiet zwischen Norder- und Süderelbe an Hamburg vorbehaltlos abgetreten wird, wenn Hamburg dagegen Moorburg an Preußen abtritt?

2. Will Preußen den sogenannten Geestrücken zwischen Schiffbeck und Bergedorf an Hamburg abtreten, ohne Gegenleistung dafür zu verlangen?

3. Kann Hamburg darauf rechnen, daß das Alstertal an Hamburg gelangt gegen Groß Hansdorf-Schmalenbeck?

Diesen Fragen haben sie sodann folgende Erklärung hinzugefügt:

Von der Beantwortung dieser Fragen müssen wir es abhängen lassen, ob in die Beratung der Frage einer Verwaltungsgemeinschaft zwischen preußischen und hamburgischen Landesteilen eingetreten werden soll. Hamburg ist bereit, in eine Erörterung dieser Frage einzutreten, nachdem in bezug auf die territorialen Fragen Einverständnis erzielt worden ist. Zu dieser Fragestellung sind wir Unterhändler an sich nicht berechtigt. Wir müssen uns deshalb ausdrücklich die Genehmigung des Senats und der Bürgerschaft dazu vorbehalten. Nur um zu einer Verständigung zu gelangen, bringen wir auf eigene Gefahr das Opfer der Abtretung von Moorburg.

Wenn die preußischen Herren glauben, die Entscheidung über unsere Fragen aussetzen zu müssen, wollen wir jetzt nicht auf einer Antwort bestehen, müssen uns auch alles je nach der Antwort vorbehalten.

Die preußischen Unterhändler haben sich nicht für kompetent gehalten, die vorstehenden drei Fragen sofort und von sich aus endgültig zu beantworten, vielmehr erklärt, daß sie sie dem preußischen Kabinett vorzulegen sich für verpflichtet hielten. Das ist sofort nach Rückkehr der Herren von Hamburg geschehen. Das Preußische Staatsministerium hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Vorlage beschäftigt und erteilt auf jene drei Fragen nachstehende drei Antworten:

ad 1: Nein, sondern nur soweit es nachweislich von Hamburg zum notwendigen Ausbau des Hafens gebraucht wird.

ad 2: Nein.

ad 3: Nein.

Ich beeile mich, wunschgemäß diese drei Antworten Ihnen umgehend mitzuteilen und bitte ergebenst, mich tunlichst bald von Ihrer Stellungnahme zu benachrichtigen.“

Die hamburgischen Wünsche werden demnach sämtlich abgelehnt. Das Entgegenkommen hinsichtlich des Hafenausbaus ist nur ein scheinbares; denn selbstverständlich kann, wie auch das Verhalten Preußens zeigt, kein Verhandlungsgegner gezwungen werden, den von ihm geforderten und — wie im vorliegenden Fall

— für Dritte völlig überzeugend geführten Beweis auch seinerseits als geliefert anzuerkennen. Sehr zu bedauern ist, daß Preußen durch die Antwort zu 1. seine Hilfe zur Behebung der Siedlungsnot im und am Hafen rund ablehnt.

Bei der aus dieser völlig negativen Antwort und dem Eindruck der bisherigen Verhandlungen gewonnenen Überzeugung, daß weitere Verhandlungen, jedenfalls in dem bisherigen Kreise und der bisherigen Form, einen Erfolg nicht versprechen, hat der Senat dem Preußischen Ministerpräsidenten am 29. Juni folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Den Eingang des gefälligen Schreibens vom 23. Juni d. J., durch das die seitens der hamburgischen Unterhändler den Herren preußischen Unterhändlern vorgelegten drei Fragen verneint werden, beehre ich mich ergebenst zu bestätigen. Da die in diesen Fragen enthaltenen und durch die Verneinung der Fragen abgelehnten Wünsche nach Ansicht des Senats das Mindestmaß dessen darstellen, was Hamburg für die weitere Erfüllung seiner Aufgaben im Interesse der deutschen Wirtschaft unbedingt braucht, kann der Senat sich von der Fortsetzung der bisherigen Verhandlungen einen Erfolg nicht versprechen.“

Der Senat hat es ferner als seine Pflicht angesehen, von dem ergebnislosen Verlauf der bisherigen Verhandlungen dem Herrn Reichskanzler mit folgendem Schreiben Mitteilung zu machen und darin zugleich das Eingreifen des Reichs zugunsten einer befriedigenden Lösung der Großhamburg-Frage zu erbitten:

„Auf Grund des am 24. Januar d. J. von der Zentralstelle für die Gliederung des Reichs abgegebenen Gutachtens haben über die Großhamburg-Frage Verhandlungen zwischen dem Senat und der preußischen Staatsregierung stattgefunden. Bei diesen Verhandlungen hat sich leider eine Einigung nicht erzielen lassen. Von hamburgischer Seite sind am Schluß der Besprechungen folgende Fragen an die preußischen Unterhändler gerichtet, die nach Ansicht des Senats das Mindestmaß dessen enthalten, was Hamburg für die weitere Erfüllung seiner Aufgaben im Interesse der deutschen Wirtschaft unbedingt braucht (folgen die Fragen und die preußische Antwort).

Der Senat hat dem preußischen Herrn Ministerpräsidenten unter dem heutigen Tage erwidert, daß er sich nach diesen ablehnenden Antworten von der Fortsetzung der bisherigen Verhandlungen einen Erfolg nicht versprechen könne. Der Senat bittet in der Überzeugung, daß im Interesse der deutschen Wirtschaft

eine befriedigende Lösung der Großhamburg-Frage auf jeden Fall bald erreicht werden muß, die Reichsregierung, in diesem Sinne tätig zu werden. Sollte die Reichsregierung eine nochmalige Verhandlung zwischen Hamburg und Preußen unter Beteiligung und Vorsitz des Reichs für zweckmäßig halten, so ist Hamburg zur Mitwirkung hierbei gern bereit. Andernfalls bittet der Senat, von der in Art. 18 Abs. 1 Satz 2 der Reichsverfassung gegebenen Möglichkeit Gebrauch zu machen und ein verfassungsänderndes Reichsgesetz in die Wege zu leiten.“

*

Der Senat ist überzeugt, daß die Bürgerschaft gleich ihm das Scheitern der Verhandlungen mit Preußen lebhaft bedauert. Die Wünsche Hamburgs hielten sich in engen Grenzen; ihre Erfüllung bedeutete für Preußen kein schweres Opfer. Wilhelmsburg, bis dahin von Preußen völlig vernachlässigt, wurde erst in dem Augenblick als wertvoll bezeichnet, wo Hamburg es zum Bestandteil des Welthafens machen wollte. Der Geestrücken ist dünn bevölkert und landwirtschaftlich nicht von besonderem Wert. Das Alstertal, von hamburgischem Gebiet nahezu eingeschlossen, ist wirtschaftlich, kulturell und nach den Lebensbeziehungen seiner Bewohner so eng mit Hamburg verwachsen, daß es in Schleswig-Holstein selbst kaum noch als Teil der Provinz empfunden wird. Obwohl die Abtretung dieser Gebietsteile für Preußen verhältnismäßig wenig bedeuten würde und es in sich selbst widerspruchsvoll war, von einem Gemeinwesen, das eben wegen seiner territorialen Beschränktheit auf Zuwachs angewiesen ist, territoriale Opfer zu fordern, hat Hamburg sich dennoch zu solchen Opfern, die auf seiner Seite wirklich diesen Namen verdienen, bis zum äußersten bereit erklärt. Wenn es trotzdem bei der preußischen Weigerung verbleiben und die von Hamburg oft genug betonten, für das deutsche Wirtschaftsleben verhängnisvollen Folgen eintreten sollten, so würde Hamburg das tief beklagen, die Verantwortung für dieses bei der heutigen Lage Deutschlands doppelt traurige Ergebnis aber ausschließlich Preußen überweisen müssen. Der Senat hofft jedoch, daß es dem Eingreifen des Reichs, dessen eigene Sache hier auf dem Spiele steht, gelingen wird, solchen unwiderbringlichen Schaden abzuwenden und der Großhamburg-Frage zu der im deutschen Interesse gebotenen Lösung zu verhelfen.“ —

Die Reichsbehörden haben sich nunmehr der Gelegenheit angenommen und neue Verhandlungen eingeleitet. Wir werden über diese zu gegebener Zeit gleichfalls berichten. —

Vermischtes.

Die Bauhaus-Siedlung von Walter Gropius in Weimar. (Zur Ausstellung der Pläne und Modelle im Bauhaus zu Weimar.) Es ist merkwürdig, daß in unserer Zeit der Sinn für etwas Vollkommenes ganz verloren gegangen ist. Man ergeht sich in Phrasen und spricht im Bann von Einbildungskräften von der herrschenden expressionistischen Kunstrichtung, die uns eher an weit zurückliegende Zeiten primitiver Anfänge der Menschheits-Entwicklung erinnert, als daß sie vorbildlich erscheint für unsere und die kommende Zeit. Was man im Weimarer Bauhaus im Durchschnitt feststellen kann und was auch die Ausstellung der Bauhaus-Siedlung wieder aufs Neue deutlich veranschaulicht, zeigt uns ein Zurückgehen der Kunst auf die primitiven Zustände untergeordneter Rassen. Die Bauhaus-Richtung in Weimar wird nie und nimmer einen vollentwickelten Kulturmenschen befriedigen können. Warum? Aus dem einfachen Grund, weil der nach wirklicher Vervollkommnung strebende Mensch und Künstler sein Leben, seine Gedanken, seine Arbeit, kurzum Alles, auf eine harmonische Basis einstellt, von welcher aus er der Zeit und Gegenwart seinen Teil schöpferisch abringt. Stellt sich der Künstler auf eine harmonische Basis ein, das will sagen auf eine Basis, wo man nicht nur Verständnis für bloße Kraftwirkungen und Phantasie-Produkte zeigt, sondern Seele, Geist und Vernunft (Praxis) mit dem Stoff in Eins verarbeitet und verschmelzen läßt, so kann er nicht anders als da weiter fortfahren, wo schon ein hohes Maß von Vollkommenheit erreicht worden ist.

Ein Neger hat z. B. ein anderes Maß von Vollkommenheit als ein Weißer. Das zeigt sich in der Entwicklung

der Sinne und der geistigen Fähigkeiten. Während ein Neger seine Freude in einer gewissen Farbe, einem Farbenklek bekundet und seine Sinne beim Anblick eines wilden, phantasievollen Farbenspiels ein Freudengefühl auslösen, so ganz anders beim entwickelten Vollmenschen der weißen Rasse, der die größtmöglichst befruchtende Freude im Anblick und beim Versenken in die Werke eines harmonischen, geistvollen und abgeklärten Menschen empfindet und an Werken solcher Menschen sich erhebt und erwärmt. An Geist, Gemüt und Charakter ist unsere Zeit arm, aber um so mehr sollten wir festhalten an dem, was vollkommene Menschen uns in ihren Werken an Geist, Gemüt und Charakter hinterlassen haben.

Ein Vogel, ein Schmetterling ist an sich vollkommen, weil er seiner Art treu geblieben ist, und das menschliche Auge erfreut sich an dieser Vollkommenheit. Auch ein Pferd oder sonst ein nützliches Haustier erfreut uns wegen seiner Art, und es stört uns nicht, solange das Tier in dieser vollkommenen, von der Natur gewollten Art verbleibt. Sobald aber durch menschliches Hinzutun ein Tier aus Unwissenheit verstümmelt wird, erfreut es uns nicht mehr, denn es ist aus seiner Art (Eigenart) gebracht, die allein seinen Wert ausmacht. Ganz Gleiches beobachten wir an der heutigen weißen Rasse. Infolge der vielen Blutmischungen in der Vergangenheit mit niederen Rassen (Neger, Indianer, Inder und der verschiedenen Ureinwohner) ist die weiße Rasse aus ihrer Art gekommen und es machen sich nun überall infolge des jetzigen Ausscheidungsprozesses auf Erden die Triebkräfte und Charakter-Eigenschaften des niederen Rassenblutes bemerkbar,

kommen an die Oberfläche und äußern sich in der Kunst- richtung und auf den verschiedensten Gebieten. Die weiße Rasse ist aus ihrem Mittelpunkt ursprünglichen Ebenmaßes hinausgeworfen und fängt wieder an, wie wir es im Bauhaus deutlich sehen, die Kunstbegriffe auf primitivster Stufe zu lehren. Für einen vollkommenen, ebenmäßigen Menschen ist das aber ein Stammeln.

Gott behüte Weimar vor einer solchen Bauhaus-Siedelung, die sich vielleicht ganz gut in den maurischen Landen, in Ägypten, Italien usw. einfügen mag, nicht aber in eine Gegend, die den Geist der Klassik ausstrahlt. Goethe und die alten Meister würden sonderbare Augen machen beim Anblick dieser Bauhaus-Siedelung und mit Recht dürfte Altmeister Goethe ausrufen: „Habt Ihr es noch nicht weiter gebracht?“ Diese Kunstrichtung könnte auch niemals aufgenommen, wenn wir nicht in einer Epoche der Entartung lebten. Es fehlt an gesundem Schauen, an gesundem Menschenverstand, an wirklich ethischem Empfinden.

Von einer weiteren Kritik möchte ich an dieser Stelle absehen und nur erwähnen, daß die Grundrisse der Bauhaus-Siedelungshäuser nichts Neues enthalten. Es ist der Grundtyp des amerikanisch-englisch-sächsischen Hauses, jedoch in der Massenzusammenstellung oft nicht glücklich geordnet. Die Räume haben durch die Angliederung oft an drei Seiten Außenwände, ferner fehlt das schützende Dach, wodurch die Wände im Winter bei uns hier kaum trocken gehalten werden können und ausreichende Beheizung sich äußerst schwierig gestalten dürfte. Die Fenster sitzen sehr unharmonisch und in keinen richtigen Verhältnissen in den Wänden. Von den vielen technischen Unvollkommenheiten will ich gar nicht reden. Jedenfalls wird es zur Lösung von Siedlungsproblemen nicht des „tüftelnden“, phantasiestarken Künstlers bedürfen, sondern es ist dem aus dem Leben schöpfenden, genievollen Künstler vorbehalten, dieses Problem im rechten Sinn und Geist zu lösen.

Wenn man die Pläne zur Bauhaus-Siedelung sieht, wird man ernst, wie Klopfer in Weimar in seiner Kritik sagt; das stimmt, aber nicht, weil der Ernst wirklicher Überzeugung aus dem Werk zu uns spricht, sondern man wird ernst, wenn man sehen muß, auf welch abschüssiger, materieller, seelenarmer Bahn man sich bewegt im Bauhaus-Stil. —

Arthur Buschmann, Architekt in Weimar.

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben der Adolf v. Ernst-Stiftung an der Technischen Hochschule Stuttgart ist mit folgendem Thema erlassen worden: „Es wird eine kritische Abhandlung verlangt über den Aufbau neuzeitlicher elektrisch betriebener Laufkrane für Fabrikations-Werkstätten. Dabei soll insbesondere dargelegt werden, inwieweit eine Vereinheitlichung möglich oder bereits durchgeführt ist.“ Der Preis beträgt 5000 M. Die Arbeiten in deutscher Sprache sind spätestens am 1. Juli 1924 an das Rektorat der Technischen Hochschule in Stuttgart abzuliefern. Die Bewerbung ist an die Bedingung geknüpft, daß der Bewerber mindestens zwei Semester der Abteilung für Maschineningenieurwesen einschließlich Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Stuttgart als Studierender angehört hat. Das Preisgericht besteht aus sämtlichen Mitgliedern des Abteilungskollegiums. Die mit dem Preis bedachte Arbeit ist vom Verfasser spätestens binnen Jahresfrist zu veröffentlichen. —

Wettbewerb Wandelbahn und Konzertsaal Bad Pyrmont. Berechtigzt zur Teilnahme sind alle Architekten, die in Preußen und Waldeck ansässig sind. Die kurze Frist, die bis etwa 15. Oktober 1922 zu verlängern sehr erwünschenswert wäre, läuft am 2. September 1922 ab. Drei Preise von 45 000, 30 000 und 20 000 M., zwei Ankäufe für zusammen 15 000 M. Die Übertragung der Entwurfsbearbeitung und der Bauleitung an einen der Preisträger ist in Aussicht genommen; eine Verpflichtung hierzu wird jedoch nicht eingegangen. Das Preisrichteramt haben u. a. übernommen die Hrn. Geh. Baurat Prof. Dr. Schleyer und Oberbaurat Freitag in Hannover, sowie Geh. Hofrat Prof. M. Littmann in München. Ersatzmann ist Arch. Fr. Scholer in Stuttgart.

Das Raumprogramm fordert Wandelgänge von 150 bis 170 m Länge und 8—8,5 m Breite. Hallenartige Erweiterungen sind zulässig. Das weitere Raumprogramm sieht Einzelräume für den Kurbetrieb vor und fordert auch mindestens 10 Verkaufsläden verschiedener Größe mit Nebenraum. Ein Konzertsaal für 1200 Sitzplätze soll ein Podium für Orchester und schauspielerische Darstellungen, nebst Stimmzimmer und Garderoben für Musiker und Mit-

wirkende enthalten. Der Saal soll gleichzeitig als Tanzsaal dienen. Neben einem Foyer sind eine Vorhalle und die üblichen Betriebsräume und Nebenräume vorzusehen. Die Neubauten dürfen nicht zu nahe an die Quellen herantreten; die Wandelbahn muß am Brunnenplatz liegen, der Saalbau kann abgerückt werden. Eine geplante Verkehrsstraße, die teilweise überbaut werden kann, wird zweckmäßig zwischen Wandelbahn und Saalbau gelegt. Der Baugrund ist wenig tragfähig und erfordert künstliche Gründung; darauf ist beim Entwurf Rücksicht zu nehmen. Die Hauptzeichnungen sind 1:200 und 1:100 verlangt. Die Beteiligung an diesem anregenden Wettbewerb kann gelegentlich empfohlen werden. —

Ein internationaler Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Geschäftshaus der Zeitung „The Chicago Tribune“ in Chicago wird von dieser Zeitung mit Frist zum 1. Nov. 1922 erlassen. Die „Chicago Tribune“ wurde am 10. Juni 1847 gegründet, feierte also am verflossenen 10. Juni ihren 75. Geburtstag. Aus diesem Anlaß soll ihr ein neues „prunkvolles“ Heim errichtet werden, „das ein Denkmal von unübertroffener Schönheit werden soll, das den Zeitungsherausgebern der ganzen Welt als Ideal vorschweben wird und würdig sein muß der „Großten Zeitung der Welt.“ Es gelangen Preise im Betrag von 100 000 Dollar zur Verteilung. Von den Bewerbern werden Zeichnungen verlangt, die den Bau „in ganzer Höhe von Westen nach Süden“ zeigen, dazu ein Schaubild von Südwest. „Detaillierte Einzelpläne werden nicht verlangt.“ Anmeldungen zur Bewerbung sollten vor dem 1. Aug. 1922 eingelaufen sein. Diese Anmeldungen waren zu richten an Colonel R. R. McCormick und an Captain Patterson, Herausgeber und Verleger der „Chicago Tribune“, Europäische Ausgabe, 5 Rue Lamartine in Paris.

Schon aus dieser Art der Ausschreibung geht hervor, daß sachverständiger Rat die bisherigen Arbeiten nicht geleitet zu haben scheint. Aber auch wenn die Art der Behandlung von den deutschen Gepflogenheiten bei Wettbewerben abweichen sollte, so empfehlen wir den Wettbewerb doch der Aufmerksamkeit der deutschen Fachgenossen in der Erwartung, daß alle angegebenen Termine verlängert werden. —

Internationaler Wettbewerb Bepauungsplan Belgrad (Beograd). Durch die „Zeitschr. d. Österr. Ing.- u. Arch.-Vereins“ in Wien wird zum ersten Mal ein vollständiges Verzeichnis der zur Auszeichnung gelangten unter den 22 Entwürfen des Wettbewerbes gegeben. Der I. Preis wurde nicht verteilt. Drei II. Preise fielen an die Entwürfe „Singidunum novissima“ der Architekten Perco, Böck und Ilz in Wien; „Urbs magna“ des Architekten Marcel Auburtin in Paris, und „Santé, beauté, commerce. trafic“ des Ing. Dr. E. Forbach in Budapest. III. Preise fielen an die Entwürfe „Sveti Sava“ von Geh. Reg.-Rat Dr. Jos. Brix in Berlin, und „Danubius“ der Architekten Blom und Dagobert Milovanović in Hamburg. IV. Preise wurden zuerkannt den Entwürfen „Wojwoda Misić“ des Arch. Jul. Zaborski in Warschau, „Impartial“ der Architekten Woloki und Davidesk in Bukarest und „Ojna more“ der Arch. Albert Bodmer und Uroča Mikić in Zürich. Weiter wurden ausgezeichnet die Entwürfe „Sapientia sat“ von Oberbaurat Leop. Bauer in Wien, „Beograd 1918—1948“ von Baurat Dr. F. Musil mit Ing. Otto Mreule und Arch. Fritz Judtmann in Wien, „Forum“ von Ing. Dr. Rottmeier und Arch. Führer in Winterthur, sowie „Prestonica Karageorgevica“ der Baurate Kammerer, Schönthal und Hoppe in Wien. Mit Entschädigungen wurden bedacht die Arbeiten „S. H. S.“ von K. Christof mit Lercher in Berlin, „Aufur et mesure“ von Arch. J. Wiltmer in Zürich, „Temps“ von Prof. A. Payer in Prag, „Praha-Beograd“ von Arch. M. Blech in Prag, „Veliki Beograd“ von Geh. Hofrat Prof. E. Genzmer in Dresden und „Zar Latar“ von Arch. C. Schnidinger in Laibach.

Es sind also von 22 Entwürfen 18 zu einer Auszeichnung gelangt, ein immerhin erfreuliches Ergebnis, an dem die Fachgenossen in Österreich hervorragend beteiligt sind. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Krieger-Ehrung für Markneukirchen in Sachsen wird von der Stadt unter den in Sachsen Lebenden oder in Sachsen geborenen Künstlern ausgeschrieben. Drei Preise von 4000, 2000 und 1500 M., zwei Ankäufe zu je 1000 M. —

Inhalt: Hamburger Staatsbauten von Fritz Schumacher. — Zur Frage eines größeren Hamburg. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. W. Büxenstein Druckereigesellschaft, Berlin SW.